



Protesttag 2006
In Graz: Ärzte sind
weiter bereit zu
Kampfmaßnahmen

ÄRZTEPROTEST

Ringeln um Kontrolle

Findet die neue Arbeitsgruppe von Ärztekammer und Gesundheitsministerium keine Lösung, bleibt es bei den geplanten Protestmaßnahmen der Ärzte.

Wer nicht mehr weiter weiß, gründet einen Arbeitskreis. Wie viel Wahrheit auch immer in diesem scharfzüngigen Spruch stecken mag: Am Mittwoch voriger Woche haben sich die Österreichische Ärztekammer (ÖAK) und das Bundesministerium für Gesundheit jedenfalls auf die Einsetzung einer Arbeitsgruppe geeinigt, um über die von der Ärztekammer seit ihrem Bekanntwerden heftig kritisierten Punkte der §15a-Vereinbarung über Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens zu verhandeln.

Wenig Zeit. Die für 8. November angekündigten Ordinationsschließungen und Betriebsversammlungen der in Krankenhäusern angestellten Ärzte seien damit „nicht vom Tisch“, betonte Prim. MR Dr. Walter Dörner im Anschluss. Der ÖAK-Präsident konstatierte aber immerhin einen „beiderseitigen Willen, offene Fragen auszuräumen“. Die eingesetzte Arbeitsgruppe werde einen strittigen Punkt nach dem anderen abarbeiten. Viel Zeit, um ein gemeinsames Papier zu erarbeiten, bleibt nicht: Am Mittwoch dieser Woche findet eine ÖAK-Vorstandssitzung statt. Das ist der letzte Termin, an dem der Ärztestreik noch abgeblasen werden kann – von dem Begriff „Streik“ übrigens distanzieren sich die Ärztevertreter durch die Bank.

Der Ärztekammer geht es vor allem um die Bewahrung der gesamtvertraglichen Hoheit. Das heißt: Kassenverträge und Stellenpläne sollen weiterhin zwischen Ärztekammer und Sozialversicherung ohne Einflussnahme durch Bund und Länder ausgehandelt werden. Weiters wehrt sich die Kammer dagegen, dass ihr die Kontrolle über die Ausbildung sowie die Qualitätskontrolle entzogen werden soll.

„Eigentlich wäre ein Rückzug aller Ärztevertreter aus den Gremien angezeigt“

Dr. Christian Euler

Verärgerte Spitalsärzte. Zusätzlich zu diesen schon länger bekannten Punkten wurde vorige Woche ein weiterer Plan des Gesundheitsministeriums bekannt, der unter den Ärzten für große Aufregung sorgte: In einer Nebenabrede zur unstrittenen §15a-Vereinbarung heißt es: „Die Vertrags-

parteien kommen überein, an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit mit dem Ersuchen heranzutreten, zu prüfen, ob durch eine Anpassung der arbeitsrechtlichen Regelungen im Rahmen der europäischen Zulässigkeit erweiterte Möglichkeiten für verlängerte Dienste geschaffen werden können.“

Die Ärztekammer für Niederösterreich vermutet hinter dieser allgemein gehaltenen Formulierung ein ganz konkretes Ansinnen: Es sei geplant, Spitalsärzten die inaktive Zeit des Bereitschaftsdienstes nicht in die Arbeitszeit einzurechnen. „Bis 21 Uhr erfolgt eine normale Abgeltung, und die Stunden danach werden in Abhängigkeit von der erbrachten Arbeitsleistung honoriert“, prophezeit Dr. Roland Gallob, Obmann der Kurie Niedergelassene Ärzte der Ärztekammer für Niederösterreich. „In der Uniklinik Innsbruck ist dies schon umgesetzt“, begründet der Kurienobmann seinen Verdacht.

Nebenabrede. Der niederösterreichischen Lesart kann sich Univ.-Prof. Dr. Thomas Szekeres nicht anschließen: Dass – in Gallob's Worten – „Nachtdienst durch Pflege und Ärzte künftig gratis“ sei, hält der Vorsitzende des Betriebsrates für das wissenschaftliche Personal der Medizinischen Universität Wien für „maximal unfreundlich interpretiert“. „Diese Nebenabrede regt uns nicht wahnsinnig auf“, bekannte Szekeres gegenüber „derstandard.at“. Allerdings sei dieser Text so „schwammig“ formuliert, dass eine Klarstellung seitens des Ministeriums angebracht sei.

Bei ihrer Klausurtagung am Freitag voriger Woche erklärten sich Szekeres und die

Betriebsratsvorsitzenden für das wissenschaftliche Personal der Medizinischen Universitäten Innsbruck und Graz mit der Ärztekammer solidarisch. „Wir hoffen zwar, dass der ‚Ärztstreik‘ aufgehoben wird“, sagte Szekeres gegenüber der Austria Presseagentur, wenn allerdings die Protestmaßnahmen aufrecht blieben, dann werde es an den drei medizinischen Universitäten „Betriebsversammlungen zur Information der Mitarbeiter“ geben.

Protest zu spät? Eine Stimme, die sich sonst gerne lautstark zu Wort meldet, ist in der Causa „Ärztstreik“ bislang recht still geblieben: der Hausärzteverband. „Jetzt, wo die Ärztekammer endlich ihrer Vertretungsaufgabe nachkommt, wollen wir uns nicht in den Vordergrund drängen“, begründet Hausärzteverbandspräsident Dr. Christian Euler die Zurückhaltung. Die von der Landesvertretung angekündigten Protestmaßnahmen unterstütze er zu 100 Prozent, betonte er gegenüber dem **ärztemagazin**.

„Allerdings kommt der Protest um drei Jahre zu spät“, kritisiert Euler. Schon die 2004 in Kraft getretene §15a-Vereinbarung, die durch die jetzt diskutierte abgelöst werden soll, sei nichts anderes gewesen als „die Selbstermächtigung der Landespolitik und der Sozialversicherung“ im Gesundheitswesen, meint er. „Mit der Einrichtung der Landesgesundheitsplattformen wurden die Ärzte aus dem Dialog ausgeschlossen“, erläutert Euler: „Und jetzt folgt faktisch der totale Kompetenzverlust der Ärztekammer.“

Alibi-Verhandlungen. Am meisten ärgert Euler, wenn behauptet wird, die Ärzte seien in die Entscheidungen eingebunden: „Wir sitzen alibihalber mit am Tisch, haben aber keinen Einfluss auf die Ergebnisse“, ärgert sich der Präsident des Hausärzteverbandes. Daher sei der „Rückzug der Ärztevertreter aus allen Gremien“ angezeigt: „Wir Ärzte dürfen uns nicht als Feigenblatt für indiskutable Entwicklungen missbrauchen lassen.“

Den in der Öffentlichkeit bisweilen zu hörenden Vorwurf, dass es den Ärztekammerfunktionären in erster Linie um den Erhalt ihrer fetten Kassenverträge gehe, lässt Euler ebenfalls nicht gelten. Die Verlierer in dem jetzt offenbar angestrebten staatlichen Gesundheitssystem seien in Wahrheit die Patienten und nicht die Ärzte. „Zynisch gesagt: Ein staatliches Gesundheitssystem wäre ein Glück für die Ärzte. Denn die Patienten werden nicht auf die menschliche Komponente verzichten wollen. Wie in England wird sich deshalb neben dem staatlichen Gesundheitssystem ein florierendes privates System etablieren. Und von dem können wir genauso gut leben wie vom jetzigen. Mein Wunsch ist das aber nicht.“ ■

Mag. Michael Krafsnitzer

NACHGEFRAGT

Liegt die Ärztekammer mit ihrer Streikdrohung richtig?

Eine kleine Umfrage zeigt, dass die scharfe Gangart der Landesvertretung bei den Ärzten sehr gut ankommt.

Die Landesvertreter hätte schon früher einen härteren Kurs gegenüber der Politik fahren müssen. Es scheint so, als hätten die politischen Parteien in der Kammer eine Weisung und einen Klubzwang bei den Abstimmungen ge-



habt. Ob sich da jetzt mit einem berechtigten Streik das Rad noch mal herumreißen lässt, bezweifle ich. Durch die politische Bevormundung wird tatsächlich die Existenz der Kas-

senärzte bedroht. Mich selbst betrifft das nicht mehr, ich habe 2001 meinen Vertrag mit allen Kassen niedergelegt. *Dr. Ulrike Haas, Ärztin für Allgemeinmedizin und Homöopathie, Traun*

Ich unterstütze die Aktivitäten der Ärztekammer voll und ganz. Denn jedes von Politikern und Ökonomen diskutierte Gesundheitssystem führt zu einer Verschlechterung einer medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Und jedes mit Steuermitteln finanzierte Gesundheitssystem führt zu einer Zweiklassenmedizin. Ich habe große Sorge um meine eigene medizinische Versorgung im Alter – KEIN Hausarzt, keine Hausbesuche, keine freie Arztwahl, keine wohnortnahe Versorgung, eingeschränktes Leistungsangebot ...

MR Dr. Walter Gmeiner, Arzt für Allgemeinmedizin, Dornbirn

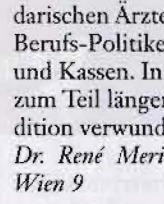
Der harte Kurs der Ärztekammer ist notwendig, weil die Politik Reformen im Gesundheitswesen ohne die Ärzte macht. Das ist nicht in Ordnung, denn wer kennt sich besser aus als wir, die Leistungserbringer? Die große Gefahr ist,



dass wir uns in Richtung verstaatlichtes Gesundheitssystem bewegen, die 15a-Vereinbarung 2004 war der erste Schritt in diese Richtung. Ich würde mich jedenfalls an einem Streik der niedergelassenen Ärzte am 8. November beteiligen.

Dr. Silvester Hutgrabner, Arzt für Allgemeinmedizin, Eberschwang

Dass in den Entwürfen ein Eingreifen in bestehende Kassenverträge auch nur diskutiert wurde, ist für einen niedergelassenen Arzt, dessen Existenz von diesen Verträgen abhängt, schon ein starkes Stück. Auch wenn die Streikandrohung vielleicht ein bisschen schnell gekommen ist, erzeugt sie doch das Bild einer entschlossenen und solid-



darischen Ärzteschaft gegenüber den Berufs-Politikern in den Ministerien und Kassen. In anderen Ländern mit zum Teil längerer demokratischer Tradition verwundert so etwas niemanden. *Dr. René Merio, FA f. innere Medizin, Wien 9*

Ich werde mich am Streik am 8. November beteiligen. Die Ärztekammer muss hart gegen die in Diskussion stehenden ambulanten Gesundheitszentren vorgehen. Leider wird die



Problematik in den Medien den Patienten nicht optimal nahe gebracht. Sie verstehen nicht, was für sie am Spiel steht: In einem wirtschaftlich geführten Ambulatorium würden sie nicht dieselbe individuelle Behandlung erfahren wie beim niedergelassenen Facharzt; und sie müssten mit Sparmaßnahmen auf ihrem Rücken rechnen.

Dr. Isolde Göttfried, FA für Dermatologie und Venerologie, Wien & Klosterneuburg

Interviews: Mag. Karin Martin